

**Peter Jahn**

## **„Deutscher Lebensraum“, Entvölkerung und Völkermord in Osteuropa 1939 – 1945**

zur Mitgliederversammlung, Vortrag und Diskussion am 15.04.2018

Die Geschichte des deutschen Erinnerns und Gedenkens an Verbrechen und Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft wird von der deutschen Öffentlichkeit und sogar weltweit als eine Geschichte gelungener selbstkritischer Auseinandersetzung mit einer verbrecherischen Vergangenheit gesehen. Faktengesättigt, differenziert, über Biographisches Zugang zu Strukturen öffnen – das sind Charakteristika, die oft für dieses gelungene Erinnern genannt werden. Und die Orte des Erinnerns und Gedenkens finden sich nicht nur in der Hauptstadt (vor allem der Topographie des Terrors und dem Denkmal für die ermordeten Juden Europas), nicht nur in anderen großen Städten und in den großen KZ-Gedenkstätten, sondern in großer Zahl in kleineren Dimensionen auch in der „Provinz“, Resultat engagierter Bürgerarbeit, verstätigt durch Staat und Kommunen. Gerade die Gedenkstätte Sachsenhausen ist ohne Zweifel als herausragendes Zeugnis dieser über Jahrzehnte laufenden Prozesse genauer und konkreter Rekonstruktion des Verbrechenskosmos zu würdigen.

Diese Erinnerung ist auch mit Personen verbunden. Und ich muss hier kurz einhalten und - als jahrzehntelang Geförderter, auch hilfreich Kritisierte und vor allem in meiner Arbeit Unterstützter - an Reinhard Rürup erinnern, der einen kaum hoch genug zu würdigenden Beitrag für diese differenzierte faktenorientierte Erinnerungsarbeit der Bundesrepublik Deutschland geleistet hat. Anhaltende Aufklärung und nicht kurzfristige Gefühlsaufwallung war sein Ziel. Er starb am 6. April.

Viele Jahrzehnte stand nach dem Ende des Krieges gegen diese Arbeit die Klage über das eigene Leid durch den Krieg und die Siegermächte, und damit verbunden eine uns angeblich fesselnde „Schuldkultur“. Seit den 1980er Jahren schien dieser Vorwurf dann nur noch in rechten Dampfkreisen zu geistern. Seit einiger Zeit ist derartige aus der AfD und deren Umfeld wieder lauter geworden. Nehmen wir es nicht nur als geschichtsvergessenes Ärgernis, sondern auch als eine uns nützliche Provokation, als Anstoß, die tägliche Praxis des Gedenkens selbstkritisch

nach Formen wie auch nach Inhalten auf Selbstgefälligkeit, Stagnation und Leerstellen zu überprüfen.

Gehen wir vom Tag des Gedenkens für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar aus, verkürzt als „Holocaustgedenktag“ bezeichnet, eine verständliche Chiffre, waren doch Juden die größte Opfergruppe, auf die sich das obsessive Feindbild der NS an erster Stelle gerichtet hatte. Allerdings blieben damit zugleich auch die anderen Opfergruppen ungenannt. In einem zweiten Anlauf fanden zwei weitere Gruppen häufiger Erwähnung und damit einen Gedächtnisplatz: Roma und Sinti, die energisch auf das Schicksal der Hunderttausende als „Zigeuner“ Ermordeter verwiesen sowie die in einer ähnlichen Dimension zu zählenden Opfer der Euthanasiemorde, die in den Kirchen und humanitären Organisationen Fürsprecher fanden. Diese zwei Gruppen fanden nach längeren Diskussionen – weniger über das „Ob“ als über das „Wie“ – einen Gedenkort im Berliner Tiergarten.

Dazu kamen die Homosexuellen, die erfolgreich verstanden, auf ihre kleine Opfergruppe aufmerksam zu machen. Das ist bis heute die Lage. Sprecher anderer Opfergruppen - wie etwa der sogenannten Asozialen oder der Deserteure – fordern verständlicherweise ebenfalls einen Platz im Ensemble der Gedenkorte im Berliner Tiergarten, was wiederum Abwehrreflexe auslöst: „Wie viele denn noch...?“

Bezeichnend ist an diesem Gedenken auch, dass es vor allem auf deutsche Opfer gerichtet ist. Selbst bei den jüdischen Opfern nehmen deutsche Juden – 3,5% aller jüdischen Ermordeten - den bei weitem größten Platz ein. Das ist aus der Entwicklung des Gedenkens verständlich, eine Ausstellung über die Ausgrenzung und Verfolgung Berliner Juden („Aus Nachbarn wurden Juden“) konnte leichter Empathie auslösen als der Bericht über ein Getto-Massaker in Polen.

So zutreffend derartige Kritik an Disproportionen und damit an einer Verzerrungen der Wahrnehmung sein mag, an der größten Leerstelle geht sie vorbei. In diesen Detaildiskussionen geht bisher verloren, dass die nach den Juden größte Opfergruppe, die nichtjüdische Bevölkerung Osteuropas, bis heute gar nicht oder nur reduziert wahrgenommen wird, und dass damit eine zentrale Dimension der NS-Herrschaft und -Verbrechen bisher unscharf geblieben und nicht Teil des Wissens und des historischen Bewusstseins der

deutschen Öffentlichkeit geworden ist. Das waren – nur grobe Schätzungen sind möglich – an die fünf Millionen Opfer: In der Sprache der Mörder „slawische Untermenschen“.

Wahrgenommen werden inzwischen diese Opfer durchaus, auch wenn das erst sehr spät erfolgte. Noch in den 1980er Jahren war das Thema auf die historische Wissenschaft und wenige Gruppen der Gesellschaft beschränkt, mit langsam wachsender Resonanz. Mit den großen Ausstellungen der 1990er Jahre (1991: „Der Krieg gegen die Sowjetunion“; 1995: „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“; 2001: „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944“) wurde auch ein größerer Teil der Öffentlichkeit mit diesem deutschen Verbrechenkomplex konfrontiert – oft allerdings zugespitzt auf die Frage der Beteiligung der Wehrmacht an den nationalsozialistischen Verbrechen. Von uns zur Kenntnis genommen wurden und werden die Opfer dieser Verbrechen in der Regel aber nur in ihren Teilgruppen: den sowjetischen Kriegsgefangenen (mit drei Millionen die größte Gruppe), oder den polnische Professoren und Priestern (mehrere zehntausend), den Einwohnern Leningrads (eine Million) oder der Bevölkerung Warschaws (zwischen 200 und 400 Tausend), der Landbevölkerung in Polen und der SU, die bei Partisanenwiderstand oder auch präventiv massenhaft vernichtet wurde (ca. eine Million), dazu auch die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, von denen ebenfalls 500 Tausend nicht überlebten.

Wir können und sollten das natürlich als Fortschritt historischer Aufklärung sehen, dass etwa seit 25 Jahren der Millionen Opfer in den Kriegsgefangenenlagern und KZ oder in Leningrad heute sehr wohl gedacht wird, so an den Orten ihres Sterbens (zu ihnen gehört auch Sachsenhausen), sie wurden aber auch in zentralen Veranstaltungen hoher Repräsentanten der Bundesrepublik gewürdigt. Grundlage war eine jahrzehntelang nicht geleistete Arbeit der Historiker, die erst seit den 1980er Jahren in zahlreichen Untersuchungen angegangen wurde (genauer seit der ersten Untersuchung von Christian Streit 1978 über den Hungermord an den sowjetischen Kriegsgefangenen).

Natürlich geschahen diese Morde im Kontext unterschiedlicher Kriegshandlungen und trafen sehr unterschiedliche Gruppen an voneinander

weit entfernten Orten, gab es auch je spezifische Gründe, die die genannten Gruppen zu Opfern der Mordpolitik machten. Und aktuell bildete fast immer die Verfügung über knappe Lebensmittelressourcen ein treibendes Element. Aber reicht das, um Ausrottungspolitik jenseits der Kampfhandlungen in solchen Dimensionen zu erklären?

Es gibt das übergreifende Gemeinsame, das diesen großen Verbrechen zugrunde liegt. Für alle, die sich nur ein Stück eingehender mit NS-Ideologie und Herrschaftspraxis befasst haben, ist das keine Frage, erscheint so selbstverständlich, dass es gar nicht genannt wird. Hier braucht es keine neuen Erkenntnisse. Es sind seit langem bekannte Fakten, die axiomatisch NS-Herrschaft und -Politik leiteten, und sie sind so trivial, dass ich sie nur in Stichworten skizzieren will:

Die allgemeinste Wurzel finden wir im Rassismus in seiner spezifischen deutschen Tradition zu Ende des 19. Jahrhunderts: Unter den europäischen Staats-Völkern waren demnach Deutsche-Germanen die naturbedingte „Herrenrasse“, „Slawen“ dagegen auf der untersten Stufen der Hierarchie, galten sie doch als „asiatisch“ und damit als unfähig zu eigener Kultur und Teilhabe am europäischen Fortschritt. Damit waren Polen, aber vor allem Russen charakterisiert. Dazu kam Bedrohlichkeit, allein durch die Größe des Russischen Reiches vor Augen geführt. Mit den russischen Revolutionen verschmolzen diese Bedrohungsängste mit denen vor der eigenen Arbeiterbewegung, „der Bolschewik“ war das zentrale Angst- und Feindbild, in dem auch der Antisemitismus einen wichtigen Platz einnahm.

Auch im vorpolitischen Bild der Russen zeugten Inferiorität und starke Emotionalität ein zentrales Element der Bedrohung: Passivität und Geduld „des“ Russen einerseits, aber unberechenbar umschlagend in Wildheit und Zerstörung. Dieses Konglomerat an Russenklischees zieht sich durch alle Einschätzungen „der Russen“, verstärkt durch die spezifische Wahrnehmung der russischen Revolutionen, zugespitzt und rassistisch radikalisiert seit 1933 und noch einmal im Krieg, von Heinrich Himmler bis zum einfachen Landser. Mit Varianten ist dieses Bild auch für „den Polen“ gültig gewesen.

Diese postulierte kulturelle (und auch biologische) Überlegenheit wurde seit dem Ende des 19. Jahrhunderts als Legitimation für einen Imperialismus genutzt, der auf Herrschaft über Osteuropa zielte. Im Ersten Weltkrieg

spielte das eine wesentliche Rolle und legitimierte 1918 nach der Niederlage des Russischen Reiches quasikoloniale Staatsbildungen. Die Ukraine war offen als Rohstofflieferant für Mitteleuropa vorgesehen.

Noch darüber hinausgehend nahm in der NS-Ideologie die Vorstellung, dass Siedlungs- und „Lebensraum“ in Osteuropa für Deutschland unabdingbar seien, einen zentralen Platz ein, nicht nur beim Parteiideologen, dem russlanddeutschen Emigranten Alfred Rosenberg. Diese Vorstellung bestimmte auch kontinuierlich Hitlers Denken. Bezeichnend war die erste Rede vor der Reichswehrgeneralität am 3. Februar 1933, und bei allen taktischen Schwenks – im Extremfall der Hitler-Stalin-Pakt – gab es die Kontinuität dieser Zielsetzung. Das Lebensraumziel in NS-Denken stand komplementär zum Antisemitismus, zugespitzt: Der Schattenseite, das zu vernichtende jüdische Böse in der Welt, kontrastierte die Lichtseite, die Schaffung einer germanischen Agraridylle.

Polen war das erste Praxisfeld einer Besatzungspolitik, die von diesen Axiomen geleitet wurde. Denn mit dem schnellen Sieg im Krieg gegen Polen hatte das nationalsozialistische Deutschland 1939 zum ersten Mal die Macht, mit „Nahplänen“ Teile seines zentralen Ziels „Lebensraum“ in dem besetzten Land in kleinem Maßstab zu verwirklichen. Das Grundmuster wurde erstmals in den annektierten Westgebieten Polens zu realisieren versucht: Ermordung der als widerständig angesehenen Landesbewohner (das vernichtete das Leben von mehr als fünfzigtausend Menschen), Vertreibung der polnischen – katholischen wie jüdischen – Bevölkerung und Ansiedlung deutscher Umsiedler (in diesem Fall aus Rumänien und den an die Sowjetunion gefallenen Gebieten Polens und des Baltikums).

Allerdings stieß die deutsche Besatzungsmacht schnell an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit, als sie versuchte, diese Schaffung von deutschem Lebensraum in den annektierten Westgebieten Polens durchzusetzen. Schon mit 365.000 in das Generalgouvernement zwangsumgesiedelten Polen waren die Reichsbahn wie auch die Verwaltung des General-Gouvernements an der Grenze ihrer Kapazität. An die Stelle der Zwangsaussiedlung trat dann unter dem Druck der Rüstungsproduktion in ähnlicher Dimension die massenhafte Zwangsarbeit im Deutschen Reich.

Der Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 sollte dann den großen Befreiungsschlag bringen. Er sollte einerseits nach schnellem siegreichen Feldzug die Ressourcen bereitstellen, um das Patt der aktuellen Kriegslage gegen Großbritannien erfolgreich zu beenden, gleichzeitig sollte damit das Kernziel nationalsozialistischer Außenpolitik, Eroberung von Lebensraum, verwirklicht werden. Dafür war die Beseitigung von „mehreren 10 Mio. Menschen“ (an anderer Stelle: „zig Millionen“) geplant und in beträchtlichen Teilen realisiert worden. Hier ist der Ausgangspunkt für die Maßnahmen, drei Millionen Einwohner Leningrads im Blockadering verhungern zu lassen, ganze Landstriche zu entvölkern und auch die drei Mio. Kriegsgefangenen, die im ersten Jahr in deutsche Hand gefallen waren, durch Hunger zu töten. Und zugleich leitete das rassistische Bild vom unberechenbaren, tückischen zerstörerischen Slawen diese Handlungen, mehr als hunderttausend sowjetische Kriegsgefangene wurden als potentiell gefährlich erschossen, in den Durchgangslagern auf dem Territorium der SU und dann in den Lagern in Deutschland. Es fällt schwer sich vorzustellen, wie sich diese Mordpraxis weiter entwickelt hätte, wenn die deutsche Blitzkriegsstrategie 1941 erfolgreich gewesen wäre.

Das langfristige Ziel, Eroberung von Lebensraum im Osten unter Vernichtung und Vertreibung der Einwohner, war durch den Misserfolg der Neubesiedelung und Eindeutschung Westpolens 1939/40 keineswegs aufgegeben worden und erhielt mit dem Überfall auf die Sowjetunion neuen Auftrieb. Ein Aktenvermerk Martin Bormanns über eine Besprechung der Spitzen von Politik und Militär vom 16. Juli 1941 lässt keine Zweifel, dass es sich keineswegs nur um ein Projekt Himmlers, des Reichskommissars zur Festigung des deutschen Volkstums, und einiger größtenwahnsinniger Wissenschaftler handelte: „Es soll also nicht erkennbar sein, dass sich damit [der militärischen Besetzung] eine endgültige Regelung anbahnt. Alle notwendigen Maßnahmen – Erschießen, Aussiedeln usw. – tun wir trotzdem[...] Uns muss aber dabei klar sein, dass wir aus diesen Gebieten nie wieder herauskommen.“

Nach etlichen – inhaltlich nicht überlieferten – Entwürfen von 1941 und Frühjahr 1942 lag Ende Mai 1942 eine ausführliche Denkschrift „Generalplan Ost“ vor, die als Kernstück der deutschen Siedlungsplanung anzusehen ist. Hier wurden auf 84 Seiten die Pläne konkret, erarbeitet in Konrad Meyers

Institut für Agrarwesen und Agrarpolitik der Berliner Universität: Das Siedlungsgebiet sollte in der SU 360.00 km<sup>2</sup> umfassen und als „Marken“ die Gebiete von Ingermanland (das entspricht dem Gebiet von Leningrad), das Memel- und Narewgebiet sowie den „Gotengau“ (Krim und Cherson) umfassen. Diese Marken sollte durch 36 Siedlungsstützpunkte verbunden werden, davon 14 im polnischen Generalgouvernement. Geplant waren moderne Stadtgründungen mit jeweils zehn- bis zwanzigtausend Einwohnern, umgeben von effizient wirtschaftenden Dörfern. „Marken“ wie Siedlungsstützpunkte sollten durch moderne Straßen oder Schienenwege erschlossen werden. Die „Eindeutschung“ sollte in den „Marken“ 50% umfassen, in den Stützpunkten 25-30%. Der Bedarf an deutschen Siedlern wurde auf 5,6 Mio. Menschen veranschlagt. Seine Ergänzung fand dieses gigantische Projekt in der Planung einer ebenso gigantischen Breitspurbahn, die in der ersten Ausbaustufe von München über Kiev nach Rostov führen sollte.

Der Plan deutscher Siedlung im „Ostraum“ war keineswegs ein Geheimprojekt, auch die Propaganda verhiess Soldaten und der deutschen Bevölkerung Neusiedlung und großzügigen Grundbesitz im eroberten Osten. Die Reaktion darauf war keineswegs eindeutig. Umsiedlung nach Osten bot ja vielleicht für deutsche Kleinbauern eine Lebensperspektive, viele andere waren hin- und hergerissen: Existenz als „Herrenmensch“ im Osten, in Luga, Berdischtschew oder Kriwoj Rog, hätte vielleicht Enge und soziale Unterordnung in Deutschland kompensieren können, aber was musste dafür aufgegeben werden! Und keiner dieser deutschen „Volksgenossen“ hatte dabei im Kopf, dass als Voraussetzung all dieser Pläne an die fünfzig Millionen Menschen – Polen, Weißrussen, Ukrainer und Russen - getötet oder nach Sibirien deportiert werden sollten.

Diese doppelte Zielsetzung – Vernichtung eines nach Millionen zählenden Teils der Bevölkerung Osteuropas und deutsche-germanische Besiedlung dieses Gebiets auf Dauer – blieben Leitbild bis zum Ende. Noch im August 1944 unmittelbar nach dem Scheitern des Attentats, verkündete Heinrich Himmler: *Es ist unverrückbar, dass wir die Volkstumsgrenze um 500 km herausschieben, dass wir hier siedeln. Es ist unverrückbar, dass wir ein germanisches Reich gründen werden. Es ist unverrückbar, dass zu den 90 Millionen die 30 Millionen übrigen Germanen dazu kommen werden, so dass*

*wir unsere Blutbasis auf 120 Millionen vermehren. [...] Es ist unverrückbar, dass wir diesen Siedlungsraum erfüllen, dass wir hier den Pflanzgarten germanischen Blutes im Osten errichten, und es ist unverrückbar, dass wir eine Wehrgrenze weit nach dem Osten hinausschieben. Denn unsere Enkel und Urenkel hätten den nächsten Krieg verloren, [...]wenn nicht die Luftwaffe im Osten – sprechen wir es ruhig aus – am Ural stehen würde.“*

Mein Ausgangspunkt war die gegenwärtige Erinnerungs- und Gedenklandschaft an NS-Verbrechen. Dass Osteuropa, also Polen und die Nachfolgestaaten der SU, angesichts der Verbrechensdimension völlig unangemessen im Schatten der Erinnerung steht, ist nicht zu bezweifeln (ohne die guten Bemühungen damit zu entwerten, natürlich hat sich im Lauf von dreißig Jahren etwas verändert). Hier müssen die Fachleute, die Wissenden und Informierten in Schulen, Hochschulen und Gedenkstätten, die Medienmacher und natürlich die in der politischen Verantwortung Stehenden aktiv werden, bevor wir aus diesen Ländern mit einer längst fälligen moralischen Rechnung konfrontiert werden.

Es gibt gegenwärtig zwei Initiativen, die für eine solche Veränderung Vorschläge vorgelegt haben. Sie fordern repräsentative Gedenkort: Die eine ein Polendenkmal am Anhalter Bahnhof, die andere einen „Gedenkort für Opfer der NS-Lebensraumpolitik“ im Tiergarten. Beide fordern Richtiges, schließen sich auch keineswegs aus. So weist der Standort des Polendenkmals gegenüber dem Gedenkort „Flucht-Vertreibung-Versöhnung“ auf eine notwendige Korrektur geläufiger deutscher Geschichtserinnerung. Der Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik stellt sich in den Zusammenhang der schon im Tiergartenbereich repräsentierten Opfergruppen. Und wie bei diesen die nationale Einordnung nachrangig ist – französische wie ukrainische Juden, deutsche wie polnische Behinderte, deutsche Sinti wie ungarische Roma - sollte auch ein Gedenkort für die Opfer der Lebensraumpolitik diese als „slawische Untermenschen“ Ermordeten nicht nachträglich abgrenzen, sollte die Nationalisierung der Opfererinnerung abwenden, indem hier auf die konkreten Gruppen in ihrer sozialen Struktur verwiesen wird (kriegsgefangene Soldaten, Bewohner Leningrads und Warschaus, Dorfbevölkerung in Belarus, der Ukraine, Polen).

Auf jeden Fall sollte der Versuchung widerstanden werden, die aktuelle politische Konfrontation auf unser Geschichtsbild rückzuprojizieren, wie es schon in 1950er/60er Jahren geschehen ist. Damals war es in der Bundesrepublik politischer und gesellschaftlicher Konsens, die Sowjetunion ausschließlich als bedrohlichen Täter zu sehen, vor allem durch die Fokussierung der Erinnerung an den Einmarsch der Roten Armee in Deutschland im Jahr 1945. Diese Betonung der deutschen Opferrolle blockierte Fragen nach kollektiver deutscher Schuld in Osteuropa. Ihre Bevölkerung als Opfer deutscher Kriegs- und Besatzungspolitik wahrzunehmen, schwächte demnach auch den Widerstand gegen die aktuelle sowjetische Aggression. Ich glaube zu erkennen, dass es heute eine ähnliche Tendenz in der Öffentlichkeit gibt, als würde das politisch stark aufgeladene Täterbild Russlands im Krim- und Donbasskonflikt abgeschwächt durch eine intensive Erinnerung an Russen und andere Ethnien der Sowjetunion als Opfer nationalsozialistischer/ deutscher Vernichtungspolitik. Wie immer wir heute zu Putin stehen: Unser Urteil über die aktuelle Politik des Präsidenten der Russischen Föderation darf kein Alibi sein, die millionenfachen NS-Verbrechen gegen die Bevölkerung Osteuropas aus unserem Bewusstsein zu verdrängen.